Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 403. Abendblatt. Freitag, den 31. August. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin,** 30. August. Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden des zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Friedens hat in Prag am heutigen Tage stattgefunden. Das Friedens-Instrument enthält neben dem bereits Bekannten auch eine Bestimmung, nach welcher die beiden Regierungen sich gegenseitig die Zusage machen, keinen ihrer Unterthanen, der wegen seiner Haltung während des Krieges zu Mißfallen Anlaß gegeben hat, weiter zur Rechenschaft zu ziehen. — Bezüglich des Rückmarsches der preußischen Truppen ist für die vollständige Räumung Böhmens der 18. September in Aussicht genommen. Mit der Eisenbahn fahren vom 5. September ab: das 1. Armee-Korps von Oderberg aus, das 2. über Görlitz, das 4. von Brünn über Prag, das 8. über Nürnberg und Aschaffenburg, die 14. Division (also 7. Armeekorps, zur Elb-Armee) über Gera, Zeitz, Kassel und Hannover, das 2. Reserve-Korps von Hof aus. Zu Fuße marschiren das Garde-, sowie das 3., 5. und 6. Armee-Korps. Das 1. Reserve-Korps und die Main-Armee bleiben vorläufig in ihren Stellungen. — In den Zeitungen finden sich mehrfache Angaben über den Zuwachs, den die preußische Armee aus den neu erworbenen Landestheilen erhalten wird. Diese Angaben sind zum großen Theile augenscheinlich aus sachkundiger Feder geflossen, doch würde man völlig fehlgreifen, wenn man in ihnen etwa Pläne der preußischen Regierung erblicken wollte, — solche Pläne existiren zur Zeit noch gar nicht. Was die Elbherzogthümer betrifft, so bestand hier an maßgebender Stelle vor nicht langer Zeit noch die Absicht, die Aushebungen auf Grund des dort bestehenden (dänischen) Gesetzes vorzunehmen und hatte sich behufs näherer Feststellungen Oberst von Blücher nach Kiel begeben. Jetzt, nachdem der Friede mit Oesterreich komplet geworden und Schleswig-Holstein der preußischen Monarchie angehört, wird — uud zwar voraussichtlich bald — dort eine Aushebung auf Gruud des preußischen Gesetzes stattfinden. Gewiße Modifikationen werden hier wie in den Küstenländern überhaupt nur insofern eintreten als es sich bei der Aushebung vorzugsweise auch um die Bemannung der Marine handeln wird. — Ueber die von Sr. Majestät auf die Adresse des Abgeordnetenhauses ertheilte Antwort berichtet eine hiesige lithographirte Korrespondenz: der Präsident habe die von der Deputation festgestellte Antwort dem Grafen Bismarck zur Beprüfung übersandt, doch sei dieses Gesuch seitens des Staatsministerium abgelehnt worden. Die Sache verhält sich jedoch entschieden anders. Der Präsident v. Forckenbeck hat sich allerdings mit dem Staatsministerium über die Art und Weise der Mittheilung der Königl. Antwort an das Haus in Verbindung gesetzt; einen von der Deputation redigirten Text hat derselbe jedoch keineswegs vorgelegt, da ein solcher gar nicht existirte. Herr v. Forckenbeck hat vielmehr die Regierung nur von der durch ihn beabsichtigten Art der Mittheilung an das Haus Kenntniß gegeben und ist diese Mittheilung dann unter Zustimmung der Regierung in der bekannten Weise erfolgt. — Zur Bildung einer konservativen liberalen Partei in dem von mir kürzlich angegebenen Sinne sind die Keime im Abgeordnetenhause offenbar zahlreich vorhanden, und man darf auf eine gedeihliche Entwickelung derselben um so mehr hoffen, als fast die gesammte Opposition jetzt darin einig scheint, von der früheren unfruchtbaren Negation zu lassen und die Regierung in ihrer auf Rekonstruktion Deutschlands gerichteten Politik zu unterstützen. Wenn die „Magd. Ztg." sagt, es sei jetzt Sache der Opposition, die Schritte der Regierung auf dem bezeichneten Wege zu beschleunigen, so ist das gewiß richtig, und die Opposition kann zur Zeit schwerlich etwas Besseres thun, als eben in diesem Sinne handeln.

— Wie in militärischen Kreisen mitgetheilt wird, wäre dem Prinzen Friedrich Karl nach seiner Rückkehr ein größerer militärischer Wirkungskreis unter Ernennung zum Statthalter in einem der neuerworbenen Länder zugedacht. Als seinen Nachfolger in dem Ober-Kommando des 3. Armeekorps bezeichnet man den General-Lieutenant Herwarth v. Bittenfeld II., und stände gleichzeitig eine Wiederverlegung gedachten General-Kommando's nach Frankfurt a. O. in Aussicht. (Sp. Z.)

— Der frühere kurhessische Minister v. Baumbach ist wieder hier anwesend. Derselbe hat vom Kurfürsten ein Handschreiben erhalten, in welchem ihm für die treugeleisteten Dienste Dank gesagt und sein Entlassungsgesuch, obwohl mit schwerem Herzen, genehmigt wird.

— (Spen. Ztg.) Dem Vernehmen nach trifft heute und morgen der Stab des General-Kommando's des zweiten Armeekorps hier ein.

— Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses berieth in einer gestern Vormittag stattgehabten Sitzung über die Verordnung, betreffend die Einstellung des Civilprozeß-Verfahrens gegen Militärpersonen. Als Vertreter der Staatsregierung wohnten der Sitzung bei der Geheime Rath Pape für das Justizministerium und Herr v. Bornemann für das Kriegsministerium. Es wurden bei der Berathung zwar mannigfache Bedenken gegen einzelne Paragraphen der Verordnung geäußert; die Kommission glaubte jedoch bei dem transitorischen Charakter derselben davon absehen zu können und beschloß, dem Hause die nachträgliche Genehmigung der Verordnung anzuempfehlen. — Schließlich wurden noch verschiedene Petitionen erledigt.

— Der französische Botschafter Herr Benedetti wird in einiger Zeit eine Urlaubsreise antreten.

— Die hannoversche Deputation hat gestern Abend die Rückreise angetreten.

— Aus Lyck wird der „Pr. Litt. Ztg." ein Vorfall berichtet, der wieder einen Beleg für das rücksichtslose und völlig willkürliche Verfahren bietet, dem preußische Reisende in Rußland ausgesetzt sind. Drei preußische Bürger, welche sich mit vollständigen Legitimationspapieren versehen hatten, wurden auf dem russischen Grenzzollamte Lipowka ohne Angabe der Gründe verhaftet, drei Tage lang wie gemeine Verbrecher herumtransportirt und dann ohne jede Entschuldigung wieder in Freiheit gesetzt.

— Es ist der Befehl erlassen worden, daß die älteren zu den Fahnen einberufenen Aerzte entlassen werden. Die Ausführung dieser Maßregel hat auch bereits ihren Anfang genommen.

— Wie es heißt, ist vorläufig der 20. September d. J. zum Einzuge der Garden, von jedem Infanterie-Regiment ein Bataillon, welchen von den anderen Waffengattungen entsprechende Deputationen sich anschließen werden, in Berlin bestimmt; hierzu werden sich die Truppen in der Umgegend Berlins konzentriren. Die Gesammtstärke derselben wird etwa 30,000 betragen.

— Die „Bad. Ldsztg." berichtet: „Mit den Friedensverhandlungen in Berlin ist noch eine andere wichtige Sache abgemacht worden: es haben nämlich die Regierungen von Baiern, Würtemberg und Baden ihre Bereitwilligkeit erklärt, als Landesmünze den bisherigen Vereinsthaler und überhaupt den Thalerfuß anzunehmen und durchzuführen. Dadurch entstünde in Deutschland einmal eine Münzeinheit und würden wir von dem Tribut befreit, den wir bisher an die Geldwechsler und Banquiers für die Vermittelung der norddeutschen gegen süddeutsche Werthe bezahlten."

— Zu der Organisations-Kommission für die neu erworbenen Landestheile sind berufen: der Wirkliche Geheime Rath v. Savigny, die Unter-Staatssekretäre Sulzer und Lehnert, die Ministerial-Direktoren Delbrück, Günther und andere hohe Beamte der einzelnen Ministerien.

— Wie bei ähnlichen Fällen, melden sich auch jetzt eine ziemliche Anzahl von Männern zu Beamtenstellen in den neuen Landestheilen. Wir meinen, daß gerade in diesem Augenblicke, wo die Kommission zur Organisation erst gebildet werden soll, diese Beamten am besten thun würden, wenn sie sich an die verschiedenen Civil-Kommissarien wendeten.

— Zwei im Mai und Juni von Seiten der Regierung erlassene Ausfuhrverbote sind jetzt wieder aufgehoben worden.

— Die besondere 12. Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und der Marine-Verwaltung hatte gestern Vormittag ihre erste Sitzung seit ihrer Konstituirung. Wir haben darüber im heutigen Morgenblatte einen vorläufigen Bericht gegeben und ergänzen nun denselben durch den nachfolgenden der „Oldh. Kammer-Korrespondenz".

Nachdem der Antrag des Abg. v. Hoverbeck: die von den beiden Referenten zu machenden Mittheilungen entgegenzunehmen und die Beschlußfassung bis nach Berathung der Indemnitätsvorlage im Abgeordnetenhause auszusetzen, mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen war, erstattete der Referent, Abgeordneter Roepell, seinen Bericht nach denjenigen Zahlenangaben, die er im Finanzministerium empfangen, die mittlerweile aber nach einer genaueren Aufstellung durch den Geh. Ober-Finanzrath Moelle berichtigt worden sind. Wir schalten an dieser Stelle die erst im weiteren Verlauf der Debatte durch den Regierungs-Kommissar berichtigten Zahlenangaben sofort ein.

Der Bedarf für den Krieg setzt sich zusammen aus folgenden Kosten:

1. Einmalige Mobilmachung mit Rücksicht auf die Vermehrung der Armee um zwei Armeekorps 25,500,000 Thlr.
2. Laufende Kosten bis Ende August 33,800,000 Thlr.
3. Demobilmachung 1,800,000 Thlr.
4. Retablissementskosten (für Wiederanschaffung von Montur, Waffen, Munition u. s. w.) 27,000,000 Thlr.

In Summa 88,100,000 Thlr.

Dazu kommen Kosten für Erhaltung der Kriegsbereitschaft bis ultimo des laufenden Jahres (d. d. 1. September bis 31. Dezember) 20,000,000 Thlr. Demnach Gesammtsumme aller Kosten 108,100,000 Thlr.

Zur Deckung sind bis jetzt verwendet:

1) Aus dem Staatsschatz 20,029,069 Thlr.
2) Aus dem Erlös von Eisenbahn-Effekten 4,343,035 Thlr.
3) Restbestände aus der Verwaltung des Jahres 1855: 12,825 Thlr. (Diese Summe ist so klein, weil aus dem Hauptrest dieser Bestände die letzten Kosten des Krieges gegen Dänemark bezahlt worden sind.)

Zur weiteren Deckung der Kosten kämen:

Kriegskosten-Entschädigungen im Gesammt-Betrage von 45,143,000 Thlr. (20 Millionen Thlr. von Oesterreich, 30 Millionen Fl. von Baiern, 8 Millionen Fl. von Würtemberg, 6 Millionen Fl. von Baden. Ueber die Entschädigungen von Seiten Sachsens und Hessen-Darmstadts läßt sich zur Zeit noch keine Angabe machen. Ungefähr sind sie auf 15—20 Millionen Thlr. zu veranschlagen).

Von dieser Summe der Kriegskosten-Entschädigungen sollen verwendet werden 27,500,000 Thlr. zur Ergänzung des Staatsschatzes, um die daraus für den Krieg baar entnommenen Summen zu decken, sodann zur Deckung der aus dem Staatsschatz entnommenen 5,500,000 Thlr. zur Regulirung der Grundsteuer und des Restes von 2,500,000 Thlr. aus dem dänischen Kriege.

Ferner 1,800,000 Thlr. als Ersatz für die General-Staatskasse für die von ihr zur Grundsteuer-Regulirung vorgeschossenen Gelder;

2,100,000 Thlr. zum Ankaufe von zwei bereits bestellten Panzerschiffen über die bereits in den Etat aufgenommene Summe hinaus;

2,800,000 Thlr. zum Ankauf eines dritten Panzerschiffes;

Zur Ausrüstung von Festungen, Häfen etc. 3,500,000 Thlr., nachdem 500,000 Thlr. für diesen Zweck bereits verwandt sind.

Die Summe dieser aus den Kriegskosten-Entschädigungen zur Verwendung bereits bestimmten 38,000,000 Thlr. (rund), läßt noch 7,443,000 Thlr. disponibel. Dazu kommen noch die Frankfurter Kontribution und Kriegsbeute mit ca. 4,000,000 Thlr. und als Erlös aus dem Verkauf der Pferde können 2,557,000 Thlr. veranschlagt werden. Zur Position „Kriegsbeute" gehören 400,000 Thlr. aus den hannöverschen Staatskassen.

Es stellte sich demnach die Gesammtrechnung so:

Bedarf für den Krieg 108,100,000 Thlr. Aus den Kriegskosten-Entschädigungen sind 38,000,000 Thlr. zur sicheren Verwendung bereits bestimmt. Es blieben demnach noch 70 Mill. zu decken. Dazu kann die Regierung noch über 14,800,000 Thlr. Köln-Mindener und 15,640,000 Thlr. westphälische Eisenbahnaktien verfügen, sobald der Verkauf der letzteren Bahn genehmigt ist. Indessen ist auf diese Summen für Kriegszwecke nicht zu rechnen, da aus dem Erlös der Effekten Schatzanweisungen eingelöst werden sollen; mithin wäre die Summe von 60 Mill. für eine Anleihe im Allgemeinen gerechtfertigt.

Wir kehren nun zu dem Vortrage des Referenten Roepell zurück, ohne auf seine Kritik der ihm vorliegenden und später berichtigten Ziffern eingehen zu können, begnügen uns vielmehr, die Gesichtspunkte zu bezeichnen, nach welchen er die Kreditvorlage der Regierung für amendirbar hält. Zuvörderst hielt er die Anleihe unter den gegebenen Umständen für nothwendig, jedoch die von der Regierung geforderte Summe für zu hoch, und behielt sich seinen Antrag auf Bestimmung derselben vor. Die Erhaltung des Staatsschatzes, die volkswirthschaftlich nicht zu billigen, sei bei den Traditionen des preußischen Staates nicht ganz von der Hand zu weisen; doch sei er so einzurichten, daß in gegebener Frist die Landes-Vertretung über Bestand und Höhe desselben Beschluß fassen könne. Die Einführung einer schwebenden Schuld sei nur als eine vorübergehende Maßregel zu empfehlen. Schatzkammer-Scheine seien ein gutes Papier, von dem ein großer Absatz zu erwarten sei; doch würde er die Ausgabe bis auf 30 Millionen beschränken.

Demnächst warf der Abg. Virchow die Frage auf, was aus dem sehr bedeutenden kurhessischen Staatsschatze geworden? Auch vermißte er Aufklärung darüber, ob Preußen allein die angegebene Kriegslast tragen solle oder ob das Land eine Erleichterung zu gewärtigen habe. — Seitens der Vertreter der Staatsregierung erfolgte auf diese Fragen keine Antwort, wie denn der Hr. Kriegs-Minister und sein Kommissar sich an der heutigen Verhandlung nicht aktiv betheiligten.

Finanzminister v. d. Heydt hielt dem Referenten gegenüber den Gesetzentwurf in seinem vollen Umfange aufrecht. Er hielt die Erhaltung und Füllung des Staatsschatzes ohne die von dem Referenten bezeichnete Beschränkung und bis zur Erreichung einer Normalsumme von 40 Mill. Thlr. für nothwendig. Eine Verminderung des geforderten Kredits könne er nicht zugestehen.

Nach einem Vortrage des Korreferenten v. Lingenthal wurde die Sitzung geschlossen und die Kommission bis zum 31. August vertagt.

— (O. K. C.) Der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses ist als Grundlage für die Ertheilung der Indemnität und des Kredits von 154 Millionen für das laufende Jahr Seitens der Staatsregierung eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1862—1865 und eine Uebersicht der Staats-Ausgaben, für welche die Bewilligung des Kredits beantragt ist, mitgetheilt worden. Nach der ersteren betrugen die Ist-Einnahmen in den Jahren 1862—1865: 149,030,215 Thlr., 158,484,951 Thlr., 171,540,078 Thlr., 173,934,739 Thlr., und die Ausgaben in denselben Jahren: 144,284,393 Thlr., 154,227,146 Thlr., 169,125,785 Thlr., 169,243,365 Thlr. Für das Kriegsministerium befinden sich darunter 39,421,088 Thlr., 41,307,348 Thlr., 50,578,164 Thlr., 43,555,178 Thlr. — Für das laufende Jahr sind die Ausgaben auf 154 Millionen, also auf eine erheblich geringere Summe veranschlagt worden, als in den beiden letzten Vorjahren verausgabt worden ist. Die Position „IX Kriegs-Ministerium" ist für 1866 mit 42,761,979 Thlr. angesetzt. Dieser zweiten Uebersicht liegt als Anlage ein Nachweis der Ausgaben bei, welche im Entwurfe zum Etat für 1866 in Ansatz gebracht sind, deren Verwendung aber ausgesetzt ist. Ihre Gesammtsumme beträgt 3,237,199 Thlr., und es befinden sich darunter 866,400 Thlr. im Etat des Kriegs- und Marine-Ministeriums, die theils zu den fortdauernden, theils zu den einmaligen außerordentlichen Ausgaben gehören. Ueberhaupt sind nicht zur Verwendung gelangt von den fortdauernden Ausgaben des Staatshaushaltsgesetzes für 1866: 779,608 Thlr., von den einmaligen außerordentlichen 2,186,142 Thlr. Zu den letzteren gehören die zu größeren Bauten, Meliorationen u. s. w. bestimmten, deren Ausführung mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse unterbleiben mußte, aber nach dem Frieden wieder in Angriff genommen werden soll. Am Schlusse der Anlage befindet sich ein in Aussicht genommenes Ersparniß von 271,449 Thlr., das in folgender Weise motivirt wird: „Nach eingetretener Mobilmachung der Armee ist allgemein angeordnet worden, daß bei Verwendung der Ausgabefonds die größte Sparsamkeit zu beobachten und jede nicht darchaus nothwendige Ausgabe zu vermeiden sei."

— Den Vorsitz in der Kommission hoher Beamten, welche über die vorläufige Regelung der Verwaltungsverhältnisse in den neuerworbenen Ländern berathen soll, führt der Geheimrath von Savigny, als Vertreter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Von Seiten der anderen Ministerien nehmen die Unterstaatssekretäre oder Direktoren an den Berathungen Theil (die

Unterstaatssekretäre Sulzer und Lehnert, die Ministerialdirektoren Delbrück, Günther ꝛc.). Wie von offiziöser Seite hinzugefügt wird, soll dabei in Frage kommen, ob eine provisorische Centralbehörde für die erworbenen Länder insgesammt und, von ihr ressortirend, Spezial-Verwaltungsbehörden in jedem einzelnen Lande zu errichten seien, oder ob von der Einsetzung einer Gesammtbehörde Abstand zu nehmen und blos jedem Lande eine preußische Oberbehörde zu geben wäre. Ferner wird es sich darum handeln, in wie weit schon während des Uebergangs-Stadiums bis zur völligen Einverleibung einzelne der in jenen Ländern bestehenden Verwaltungszweige den entsprechenden preußischen Ressorts eingefügt werden könnten. Bei allen diesen Fragen wird natürlich der Gesichtspunkt der allmähligen Ueberführung des provisorischen Verwaltungszustandes in den definitiven wesentlich maßgebend sein.

— Das Leipziger „Tageblatt" schreibt über die Verhandlungen Preußens mit Sachsen: Die als Thatsache feststehende Wahrung der „Integrität" Sechsens möchte schließlich kein Hinderniß sein, um einmal das sächsische Land noch auf Jahre hinaus mit starken preußischen Besatzungen zu belegen und andererseits eine Doppelregierung einzurichten, die gewiß niemand gefallen würde, ganz abgesehen von einer andern Eventualität, welche einen bekannten thüringischen Fürsten zum Bundesstatthalter (oder gar noch etwas mehr) im sächsischen Lande in Aussicht genommen sein läßt, falls das Entgegenkommen auf sächsischer Seite nicht lebhafter werden sollte. So steht es in diesem Augenblicke.

Königsberg i. Pr., 28. August. Am Donnerstag verhandelte das hiesige Tribunal in zweiter Instanz gegen den Kreisgerichtsrath Buchholz aus Heiligenbeil, welcher wegen der Annahme von Geschenken für amtliche Handlungen und wegen Wuchers angeklagt war. In erster Instanz war er wegen des zweiten Vergehens freigesprochen worden. Das ostpreußische Tribunal verurtheilte ihn in Betreff beider Anklagen zu 30 Thlr. event. 1 Monat Gefängniß und sprach wegen des ersten Vergehens zweijährige Unfähigkeit zu öffentlichen Aemtern aus.

Hamburg, 30. August. Auf Anhalten der preußischen Regierung wurde, wie an mehreren Orten Schleswig-Holsteins, so auch hier in Hamburg auf, für eine holsteinische Armee vorbereitetes, Kriegsmaterial gefahndet, und in Folge dessen gestern eine Haussuchung bei dem Tapezierer Grote gehalten. In der That wurde daselbst eine große Menge neuer, sehr schöner Sattel, Pferdegeschirre ꝛc. gefunden, im Werthe von angeblich 60—80,000 Mk. Das Lager wurde auf mehreren Wagen nach dem Stadthause gebracht.

Aus Mecklenburg, 30. August. Das Regierungsblatt vom gestrigen Tage beruft die Ritter- und Landschaft als außerordentlichen Landtag auf den 25. September nach Schwerin. Das Anschreiben bezieht sich auf „die gegenwärtige politische Lage in Deutschland" und caput proponendum: „Berathung über die Rückwirkung der politischen Ereignisse in Deutschland auf die innern Verhältnisse Mecklenburgs, insbesondere über das Wahlgesetz für das unter Führung Sr. Majestät des Königs von Preußen zu berufende deutsche Parlament." Das ist Alles, was man über diese wichtige Angelegenheit erfährt.

Hannover, 29. August. Einige hannoversche Offiziere haben bereits Anstellungen in Nachbarstaaten gefunden, mehrere von den Regimentern Garde du Corps und der Fußgarde werden ihren Abschied nehmen, in den höheren und höchsten Chargen wird eine umfassende Pensionirung geboten sein, die übrigen werden bei der Neuformation der Truppen in den preußischen Dienst übergehen. Von Seiten der hannoverschen Kriegsverwaltung sucht man darauf hinzuwirken, daß bei der Neuformation Offiziere und Leute möglichst zusammenbleiben, wenngleich der Wunsch, daß Preußen aus unserm Lande ein hannoversches Armeekorps, ähnlich dem westphälischen, bilden möge, inden ersten Jahren voraussichtlich nicht erfüllt werden kann.

Leipzig, 28. August. Zur sogen. „Landesversammlung" berichtet die „Mitteld. Volksztg." nachträglich Folgendes: Gegen die Annexion Sachsens an Preußen sprachen die Advokaten Heubner aus Zwickau, Krause aus Dresden und Schmidt aus Chemnitz und alle Sprecher, selbst Prof. Biedermann, gaben zu, daß die Mehrheit des sächsischen Volkes nicht annektirungssüchtig sei, nicht einmal in Leipzig; aber Dr. Schildbach, Advocat Rud. Schmidt und vor Allem Dr. Joseph verwandten sich so lebhaft für die Einverleibung in Preußen, daß der betreffende Antrag dnrchging. Dr. Schaffrath und Prof. Dr. Wigard (aus Dresden) waren in der Versammlung nicht erschienen. (Soviel wir wissen, ist Dr. Joseph ein geborener Preuße.)

Wiesbaden, 28. August. Der gestrige Einzug des bisher in Mainz stationirten nassauischen Depot-Bataillons war für einen Theil der unteren Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, darunter auch Hökerinnen und Dienstmägde, Anlaß zu allerlei Ruhestörungen. die gegen Abend einen so demonstrativen Charakter gegen das preußische Militär annahmen, daß die Wachen verstärkt, Patrouillen abgesandt und verschiedene Straßentheile von dem dort unter Geschrei umherziehenden Volk gesäubert wurden. — Die in dem Depot-Bataillon gestandenen jüngeren Soldaten aus den beiden letzten Aushebungen haben die Infanterie-Kaserne bezogen, um hier nach Rückkehr der übrigen Truppentheile der Neuformation unterworfen zu werden. — In Lorch wurde die auf dem Wisperthurm aufgepflanzte preußische Fahne von aufgehetztem Volke heruntergerissen und im Kothe geschleift. Das Städtchen hat darauf 400 Mann preußischer Landwehr zur Einquartierung erhalten. Lokalkundige bezeichnen bestimmte hervorragende Persönlichkeiten im Städtchen Lorch als die Anstifter jener That.

— Einem Berichte eines bairischen Blattes, des „N. Corr.", über den Einzug der Preußen in Mainz am 26. d. entnehmen wir noch Folgendes:

Noch wehte von der Citadelle und den Kasernen die schwarzrothgoldene Fahne und die rothweiße Darmstädter Flagge; doch war schon am Landungsplatze der Dampfboote das schwarzweiße Banner aufgepflanzt. Eben ging ein langer Militairzug mit baierischer Infanterie und österreichischer Artillerie nach Darmstadt ab, als unsere Lokomotive in den Bahnhof hereinbrauste. Die Frankfurter Gäste verfehlten nicht, den abziehenden Kriegern mit Händewinken, Tücherschwenken und Hochrufen ihre Sympathieen zum letzten Male kundzugeben, was von den Truppen auf das Lebhafteste erwidert wurde. Als das letzte Hurrah in der Ferne erklang, befanden wir uns mitten in dem wogenden Menschenknäuel, der den Bahnhof belagerte und die lange Rheinstraße entlang sich drängte. Während auf der einen Seite die Baiern und Oesterreicher abmarschirten, sammelten sich die preußischen Kolonnen vor den Thoren von Castel an. Nach einem Feldgottesdienste öffneten sich um 11 Uhr die schweren Thorflügel vor dem bisherigen baierischen Gouverneur, Grafen Rechberg, der mit einer kleinen Suite, eskortirt von kurhessischen Dragonern, dahergeritten kam, um dem Prinzen Woldemar von Schleswig-Holstein die Schlüssel der Festung zu überreichen. Darauf kehrte die Cavalcade in kurzem Trabe nach Mainz zurück, und eine Viertelstunde später rückten die Preußen mit klingendem Spiele ein. Voran Prinz Woldemar mit einem glänzenden Stabe. Es verursachte eine eigenthümliche Empfindung, die sich in den Mienen jedes Einzelnen wiederspiegelte, als von Kastel herüber der Klang der preußischen Trommeln und Pfeifen tönte und bald darauf die Schiffbrücke mit blitzenden Bajonetten sich füllte. Die Thorwache an der Brücke, aus Kurhessen bestehend, begrüßten die Preußen mit Hurrah und nahmen dann das Gewehr bei Fuß. In dem Augenblicke, als der Prinz von Holstein dnrch das diesseitige Thor einritt, fielen zugleich alle nicht preußischen Fahnen. Ein tausendstiumiges Ach! der Beklemmung entrang sich der Menge, als langsam, ruckweise die große Fahne auf der Citadelle sich senkte und dafür die preußische Standarte aufgepflanzt wurde. In der Rheinstraße standen Tausende im schweigenden Spalier, währen das 20. und 32. brandenburgische Infanterie-Regiment vorüberzog. Einige preußische Damen waren ihren Landsleuten bis zum Rheinischen Hof entgegengefahren und warfen reichliche Blumenspenden, wofür Prinz Holstein mit dem Degen wiederholt grüßend dankte. Die Mainzer machten aber saure Gesichter, und die Frankfurter „Muß-Preußen", wie sie sich nennen, konnten schadenfrohes Lächeln und beißende Stichelredeu nicht ganz unterdrücken. Aus den Reihen der Peeußen scholl auch manches Wort: „Wir haben auch viel um Mainz ausgestanden", „Na, da sind wir wieder" und dergleichen. Wahrhaft drastisch war die Scene, als die Tête der Preußen einen neben der Rheinstraße aufgefahrenen endlosen Bahnzng mit bairischer Artillerie und einzelnen Resten der Oesterreichischen Regimenter Heß, Nobili und Wernhard erreichte. Die Oesterreicher jauchzten uud winkten mit Händen, Mützen und Tüchern und riefen: Hurrah ihr Kameraden, hoch die Preußen! Und von Seiten der Preußen antwortete es: Hoch die Oesterreicher! Die Baiern gaben ihrem Grolle gegen die Sieger durch allerhand Drohungen sprechenden Ausdruck und als seitens der Preußen ein spöttisches Wort (zur Erwiderung) fiel, da kannten die Baiern keine Grenzen ihrer Wuth mehr, sie schüttelten die geballten Feuste grimmig nach den vorüberziehenden Reihen, drohten mit den gezogenen Säbeln znm Wagenschlag heraus und schwuren, den Preußen diese Schmach heimzuzahlen. Sobald die Preußen vorbeimarschirt waren, setzte sich auch der Zug in Bewegung, und nun brach die bisher lautlose Volksmeuge in ein stürmisches Hoch auf Oestrrreicher und Baiern aus, welches dieselben mit endlosen Hurrahs für Mainz und Frankfurt erwiederten.

Karlsruhe, 28. August. (Karlsr. Ztg.) Die Demobilisirung des ganzen Großh. Armeekorps soll so rasch als möglich in Vollzug gesetzt werden. Auch wird es von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, daß der Großherzog anläßlich der Anstrengungen, welchen die Großh. Truppen während des Feldzugs unterworfen waren, für dieses Jahr eine sechswöchentliche Ruhepause, vom 1. September anfangend, angeordnet hat, wodurch insbesondere auch der gesammten Landesbevölkerung ein reiches Maß von Arbeitern zu einer sehr ersprießlichen Zeit gewährt ist.

Ulm, 28. August. Der Kriegszustand, in welchen die hiesige Bundesfestung versetzt war, ist heute aufgehoben worden. Nachdem der Bund aufgelöst ist, hofft man, daß Ulm nicht nur aufhöre, Bundesfestung, sondern überhaupt eine Festung zu sein.

Prag, 28. August. Von dem K. preußischen Generalgouverneur, General Vogel v. Falckenstein, welcher gestern seinen Sitz nach Teplitz verlegt hat, ist in einer Bekanntmachung angezeigt worden, daß bei eingetretenem Frieden die von den verwundeten K. K. Offizieren ausgestellten Reverse selbstredend ihre Gültigkeit verlieren und, soweit sie nicht schon an die Betreffenden zurückgegeben sind, vom Gouvernement vernichtet werden.

Ausland.

Petersburg, 28. August. Ueber den Polen-Aufstand in Sibirien schreibt der „Globe": Allen Anzeichen nach hat dieser Aufstand weit größere Dimensionen, als die amtliche russische Presse gestehen will; und sollte er in kurzer Zeit unterdrückt werden, so wird die Welt sehr wenig darüber erfahren. Es ist jedoch nichts weniger als gewiß, daß Rußland mit den zur Verzweiflung getriebenen Verbannten leicht oder bald fertig werden wird. Die Sibirier — 5,000,000 Seelen — lieben Rußland nicht, wollen gar nicht Russen, sondern nur Sibirier heißen, und wenn ihnen die Verhältnisse irgend günstig sind — bevor Rußland seine Bahnen nach Nordasten ausgebaut hat — kann ihnen die Losreißung vom Reich des Zaren gelingen, und dort durch den Rachegeist der mißhandelten Polen eine unabhängige Natiou erstehen. (Der „Globe" wünscht, daß dieser schöne Traum zur Wirklichkeit werden möge.)

Pommern.

Stettin, 31. August. In der vergangenen Nabt gegen gegen 1 Uhr fand in der Gießereistraße zu Grabow eine Schlägerei und großer Lärm statt. Dem hinzugekommenen Polizei-Sergeanten, welcher zur Ruhe und zum Zuhausegehen ermahnte, wurde namentlich von dem Schlossergesellen N. thätlich Widerstand entgegengesetzt und gelang es erst, nachdem N. schon einmal entsprungen und er sich inzwischen einen Bäckeranzug beschafft, auch mit einem Knittel bewaffnet hatte, mit Hülfe des Nachtwächters ihn wieder festzunehmen, wobei er sich nicht nur abermals thätlich widersetzte, sondern auch drohte, die Beamten todt zu stechen.

— Aus einer verschlossenen Bodenkammer, Charlottenstraße 22, sind mehrere Bettstücke im Werthe von 25 bis 30 Thaler gestohlen worden.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 1. Pol.-Rev. erkrankt 2, gestorben 2; im 2. Rev. erkrankt 1; im 3. Rev. gestorben 2; im 5. Rev. erkrankt 2, gestorben 2; zusammen vom Civil erkrankt 5, gestorben 6; vom Militär erkrankt 2, gestorben 1.

Neueste Nachrichten.

Augsburg, 30. August. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Wie die „Allgemeine Zeitung" berichtet, bestimmt der Prager Friedensvertrag hinsichtlich der Elbherzogthümer Folgendes: Alle von Oesterreich dort bewilligten Beamtenpensionen werden aufrecht erhalten. Oesterreich erstattet die von ihm in Verwahrung genommenen, Holstein gehörigen 495,000 Rigsdaler zurück. Kein Schleswig-Holsteiner darf wegen politischer Antecedentien verfolgt werden. — Ein besonderes Protokoll regelt die Beamtenfrage.

München, 30. August, Vormittag. Die Kammer der Reichsräthe hat gestern Abend, die der Abgeordneten heute Vormittag dem Friedensvertrag mit Preußen ihre Zustimmung ertheilt.

Prag, 28. August. Die „Politik" schreibt: Graf Belcredi unterhandelt im Kaiserlichen Auftrage mit der Deak-Partei wegen Bildung eines ungarischen Ministeriums; diesseits würden stärkere Kronlands-Legislationen eingeführt; eine Central-Delegation werde beabsichtigt.

Die Polizei-Direktion wird nach authentischer Mittheilung in die Leitung der Gemeinde-Vertretung übergehen; nur die Staats-Polizei bleibt davon ausgeschlossen. — Für Rechnung Frankreichs werden hier ungewöhnliche Pferde-Ankäufe unterhandelt und sind dem Abschluß nahe.

Wien, 29. August, Abends. (Tel. Dep. d. Schles. Ztg.) Die Ernennung des Hrn. v. Hübner zum Minister des Aeußern wird auf das Bestimmteste erwartet. Dem Grafen Belcredi ist die Bildung eines ungarischen Kabinets gelungen. Die Publikation desselben steht sehr bald bevor.

Paris, 30. August, Nachmittags. Bankausweis. Vermehrt: Bvarvorrath um 1, Portefeuille um $19\frac{1}{5}$, Notenumlaul um $13\frac{1}{3}$, Guthaben des Schatzes um $10\frac{1}{3}$ Millionen Frcs. Vermindert: laufende Rechnungen der Privaten um 4 Millionen Frcs. Die Vorschüsse auf Werthpapiere sind unverändert geblieben.

Paris, 30. August, Nachmittags 2 Uhr. Die Bank von Frankreich hat den Dislont von $3\frac{1}{2}$ auf 3 Prozent herabgesetzt.

London, 30. August. Die Bank von England hat den Diskont von 7 auf 6 pCt. herabgesetzt.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Wien, 30. August. Der Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrages zwischen Oesterreich und Preußen hat heute in Prag stattgefunden. Die offizielle Veröffentlichung des Friedens-Vertrages erfolgt von beiden Seiten nächsten Sonnabend.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 30. August, Nachmittags. Angekommene Schiffe: 6 Gebrüder, Siemeß von Leeds; George, Halsal von Peterhead; Harkaway, Doran von Fraserburgh; Charter, Reid von Cullen; Memel-Packet (SD), Wendt von Memel; Borussia (SD), Eybe von Königsberg.

Börsen-Berichte.

Stettin, 31. August. Witterung: trübe, windig. Temperatur: + 16° R. Wind: S. Barometer 28" 3'".

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber alter 66—$69\frac{1}{2}$ Rt bez., neuer 62—68 Rt bez., 83—85pfd. gelber August 70 Rt bez. u. Gd., August-September $69\frac{1}{2}$ Rt Gd., September-Oktober 68, $68\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Gd., Oktober-November $67\frac{1}{2}$ Rt Br., Frühj. 67 Rt bez., $67\frac{1}{2}$ Rt Gd.

Roggen niedriger bezahlt, schließt etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco 42—44 Rt bez., September-Oktober $43\frac{1}{4}$, 43, $43\frac{1}{4}$ Rt Rt bez. und Gd., Oktober-November $43\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez., Frühj. $43\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez.

Gerste loco pr. 70pfd. neue schles. 40—41 Rt bez.

Hafer 47—50pfd. September-Oktober $25\frac{1}{2}$ Rt Br.

Winterrübsen loco pr. 1800 Pfd. 81 Rt bez., geringer 76 Rt bez., September-Oktober $82\frac{1}{2}$ Rt bez.

Rüböl behauptet, loco $12\frac{1}{4}$ Rt Br., September-Oktober $12\frac{1}{12}$ Rt bez., $12\frac{1}{6}$ Rt Br., $12\frac{1}{12}$ Rt Gd., Oktober-November $12\frac{1}{8}$ Rt Br., April-Mai $12\frac{1}{3}$ Rt Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ Rt bez., an Produzenten $14\frac{1}{3}$ Rt bez., August-September 14 Rt bez., September-Oktober $13\frac{7}{8}$, $\frac{11}{12}$ Rt bez., Gd. u. Br., Frühjahr $14\frac{1}{3}$ Rt bez.

Hamburg, 30. August. Getreidemarkt. Weizen ab Auswärts geschäftslos, nominell. Pr. Oktober-November 5400 Pfd. netto 117 Bankothaler Br., $116\frac{1}{2}$ Gd. Roggen pr. September-Oktober 5000 Pfd. Brutto 70 Br., $69\frac{1}{2}$ Gd. Oel matter, pr. August 26, pr. Oktober $26\frac{1}{8}$—26, pr. Mai $26\frac{1}{8}$. Kaffee ruhig. Zink 500 Ctr., pr. September-Oktober 13 Mk. 11 Sch. — Wetter veränderlich.

Stettin, den 31. August.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	$151\frac{7}{8}$ bz	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151 bz	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{4}$ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	116 B
London	10Tag.	6 $24\frac{5}{8}$ bz	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 $22\frac{1}{8}$ bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	$80\frac{5}{6}$ bz	Pomerania	4	106 G
"	2 Mt.	$80\frac{5}{12}$ B	Union	4	$100\frac{3}{4}$ G
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. $5\frac{1}{2}$ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	—
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt.P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	94 G
Berl.-St. Eis,-			Germania	4	$100\frac{1}{2}$ B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	86 B
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	$4\frac{1}{2}$	—	mühlen-Ges.	4	95 B
Starg.-P.E.A.	$3\frac{1}{2}$	—	Pommerensd.		
" Prior.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.